Nachrichten und Anzeiger

für Naunhof, Brandis, Borsdorf, Beucha, Trebsen und Umgebung

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Millimeterzeile 6 Pfg., Textteil (3gespalt.) Millimeterzeile 14 Pfg. Nachlaß nach feststehender Preisliste. Für Platzwünsche und bei fernmündl. Anzeigen- und Textaufgabe wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Zahlungs- und Erfüllungsort Naunhof. Druck u. Verlag: Günz & Eule, Naunhof, Markt 3, Fernruf 502. Geschäftsstelle in Brandis, Bahnhofstr. 12, Ruf 261. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm.

Diese Zeitung erscheint Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends nachm. 4 Uhr. Bezugspreis monatl. RM. 1.60 einschl. Austrägergebühr. Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabds. 15 Pfg. Der Bezugspreis ist im voraus zahlbar. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Für Rückgabe unverlangt zugesandter Schriftstücke wird keine Gewähr geleistet.

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Bürgermeister von Naunhof, Brandis, Borsdorf und Beucha behördlicherseits bestimmte Blatt. Es enthält auch Bekanntmachungen des Finanzamtes Grimma. Diese Zeitung ist hervorgegangen aus den 1889 gegr. „Nachrichten für Naunhof" u. 1904 gegr. „Nachrichten und Anzeiger für Brandis, Borsdorf, Trebsen u. Umg."

Nummer 22 | Mittwoch, den 8. Februar 1939 | 50. Jahrgang

Weltanschauliche Kämpfe — ohne staatl. Feindschaft

Reichsleiter Rosenberg vor der ausländischen Diplomatie und der ausländischen Presse

Nach einer durch die politischen Ereignisse bedingten längeren Pause fand als Auftakt der diesjährigen Vortragsreihe der bereits traditionell gewordene Empfang der auswärtigen Diplomatie und der ausländischen Presse durch den Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. und Beauftragte für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP., Reichsleiter Rosenberg, im Hotel Adlon in Berlin statt.

Reichsleiter Rosenberg behandelte außenpolitische Fragen und sprach besonders über das Thema „Müssen weltanschauliche Kämpfe staatliche Feindschaften ergeben?".

Der Reichsleiter ging davon aus, daß immer die Gedanken einer Staatsform auf das Schicksal einer anderen Nation übergreifen, betonte, wie 1919 der deutschen Nation eine Staatsform aufgezwungen wurde, die offenbar dem Charakter des Deutschen nicht angemessen war und behandelte endlich, mit einem Hinweis auf den 150. Geburtstag der Französischen Revolution, den Einfluß dieser politischen Bewegung auf Deutschland. Gegen die Grenzenlosigkeit, mit der das durch die Französische Revolution begründete System angewendet worden sei, habe sich die eigene Gestalt der deutschen Nation, die ihre Kräfte aus Jahrtausenden alten Wurzeln schöpft, bemerkbar gemacht.

Rosenberg wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus immer bereit sei, Tradition und Wesen anderer Völker zu begreifen und gar nicht die Absicht habe, wenn er in Ruhe gelassen werde, fremde Staatsmänner und andere Staaten mit einer negativen Kritik und Propaganda zu verfolgen.

Die Auswanderung der Juden

Der Reichsleiter behandelte anschließend in einem großen geschichtlichen Ueberblick die Entwicklung der Judenfrage und betonte, daß für den Nationalsozialismus die Judenfrage in Deutschland erst dann gelöst sein werde, wenn der letzte Jude das Territorium des Deutschen Reiches verlassen habe.

Die jüdische Politik kenne keine Grenzen für ihre zerstörende Wirksamkeit. Das habe schließlich der neue Mord in Paris der ganzen Welt gezeigt.

Die Maßnahmen des Deutschen Reiches zwecks Ausschaltung des Judentums aus dem gesamten deutschen Leben haben nunmehr die noch vorhanden gewesenen Hoffnungen zerstreut, und eine Welthetze aller Juden und der von ihnen Abhängigen ist die Antwort auf diese Selbstverteidigung der deutschen Nation.

Damit ist die Frage einer entscheidenden Auswanderung wieder zu einem weltpolitischen Problem aktuellster Art geworden.

Rosenberg befaßte sich nun, auf die Beschlüsse der Konferenz von Evian eingehend, mit der Tendenz des Evian-Ausschusses, die künftige Auswanderung der Juden aus Deutschland weiterhin zerstreut auf verschiedene Stellen der Welt zu verteilen, und gleichsam diesen Zufluß der Juden möglichst unbemerkt von den Völkern durchzuführen.

Gerade aber diese Pläne veranlassen uns, sie sowohl vom Standpunkt des deutschen Volkes als auch vom Standpunkt des Interesses aller europäischen Nationen aus zu betrachten. Er stellte hierzu u. a. fest: Der sogen. zionistische Staat, der erstrebt wird, hat ja gar nicht zum Ziel, das jüdische Volk in Palästina unterzubringen, sondern nur ein alljüdisches Machtzentrum im nahen Osten zu schaffen. Dieser Judenstaat hätte die Aufgabe, amtlich für die sogen. jüdischen Minderheiten in allen Ländern einzutreten und ist gedacht als ein Zentrum zur wirtschaftlichen Beherrschung des Nahen Ostens. Ferner hätte ein solcher Judenstaat die Aufgabe, den verdächtigen Juden aus aller Welt ein unantastbares Asyl zu schaffen. Dort würde man alle diese Juden mit neuen Photographien, neuen Namen und Pässen ausstatten und sie jeweils dann in jene Länder entsenden, wo sie noch nicht waren.

Das heißt, wir hätten hier ein Weltzentrum für Beherbergung des Hochstaplertums der ganzen Welt zu erwarten, einen Zustand, den Europa, wenn es überhaupt noch etwas auf sich halten will, auf die Dauer nicht hinnehmen könnte.

Palästina komme, so führte er weiter aus, einmal also — weil zu klein und wegen des arabischen Widerstandes — als eine Lösung für eine wirklich geschlossene Siedlung der Judenheit nicht in Frage. Zum anderen löse ein verstreute Auswanderung das Problem nicht, es beschwöre auch rassische und politische Gefahren schlimmster Art herauf. Rosenberg ging nach einer Ablehnung von Alaska mit seinem nordischen Klima als Judensiedlung auf die beiden anderen Vorschläge Guayana und Madagaskar ein und machte Vorschläge für die Verwaltung eines solchen jüdischen Reservates und begründete die Notwendigkeit einer wirklich umfassenden Lösung. Die Judenfrage sei ein Problem, das sich nicht nur auf Deutschland beschränkt.

Rosenberg betonte sodann, daß vieles, was wir mit dem Begriff „Nationalsozialismus" umfassen, zweifellos zwar viele ärischen Völker berühren kann, im wesentlichen aber eine rein deutsche Angelegenheit ist.

Zu Unrecht beschuldigt

Diese Tatsache wird nun angesichts der sozialen und politischen Kämpfe in vielen Staaten angezweifelt, und von vielen Seiten wird die nationalsozialistische Bewegung beschuldigt, nichtdeutsche Parallelparteien in anderen Völkern hervorgerufen zu haben. Im Zusammenhang damit ergibt sich dann nicht selten der zweite Vorwurf, als ob die nationalsozialistische Bewegung diese sich teilweise ebenfalls nationalsozialistisch nennenden Gruppen anderer Völker gegen die jeweilige Staatspolitik anderer Nationen einsetzen wolle.

Diese Frage erfordert einmal eine grundsätzliche Beantwortung. Um das Ergebnis der Untersuchung hier gleich vorwegzunehmen, wollen wir feststellen, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Standpunkt steht, daß es falsch ist, und zugleich politisch unzweckmäßig, wenn sie irgendeine Erneuerungsbewegung eines anderen Volkes nationalsozialistisch nennt.

Er ging hier auf die Leidenszeit des deutschen Volkes und auf das Programm des Führers ein.

Dieses Kampfprogramm wurde „nationalsozialistisch" genannt in der Erkenntnis, daß die beiden großen Fronten, die sich bisher todfeindlich gegenübergestanden, nach Entgiftung beider Seiten sehr wohl durch ein neues, beide umfassendes Lebensgefühl vereinigt werden konnten.

Auf die Haltung kommt es an

Wenn viele Patrioten anderer Länder stellenweise den Namen „Nationalsozialismus" in ihre Parteibezeichnung einführten, so sei eines bei manchen hierbei übersehen worden. Das Wort „nationalsozialistisch" führt an sich nicht notwendig jene entscheidende weltanschauliche Haltung mit sich, die das deutsche Volk mit ihm verknüpft hat. Alles, was wir mit den Worten: Rassenkunde, Bevölkerungspolitik usw. verbinden, was wir deutsche Rechtsauffassung und germanisches Gemeinschaftsbewußtsein nennen, das alles ist nicht etwas, was aus einem gleichsam für alles gültigen Begriff „Nationalsozialismus" von selbst und in gleicher Weise für alle Nationen gefolgert werden könnte.

Vielmehr kann es hier nur einen Weg geben: daß jede Nation, welche der Anschauung ist, daß viele Gedanken und Daseinsformen von früher den Notwendigkeiten unserer Zeit nicht mehr entsprechen, oder welche einen Weg aus der bolschewistischen Bedrohung sucht, auf ihren eigenen Nationalcharakter und auf ihre eigenen politischen unnd geistigen Traditionen zurückgreifen muß. Das beste Beispiel dafür ist der Faschismus.

Er hat, ähnlich dem Nationalsozialismus, den gleichen Zweifrontenkampf geführt, um eine neue Zeit zu gestalten und hat sich seine Kraft aus Idealen seiner eigenen italienischen und römischen Geschichte geholt und bildet somit eine originale Form für die Gestaltung des Lebens, die mit dem 20. Jahrhundert begonnen hat.

Da der Nationalsozialismus eben nicht eine universalistische Lehre ist, die auf alle Völker und Rassen angewandt werden kann, deshalb erscheint es uns zweckmäßig, daß die aus menschlich verständlichen, aber aus von uns verschiedenen weltanschaulichen Anzrieben entstandenen neuen Bewegungen in anderen Staaten nicht das Wort „Nationalsozialismus" verwenden, sich also eine Bezeichnung wählen, die ihrer eigenen nationalen Geschichte entspricht.

Wir halten das auch für die Sicherung der Reinheit unseres Gedankengutes vor der Welt für erforderlich, weil selbst bei verwandten Nachahmungsversuchen doch trotz des Namens ein anderer Inhalt als bei uns bestimmend werden muß. Wir jedoch und das deutsche Wollen könnten dann nur zu leicht mißverstanden werden. Zu diesen Gründen mehr weltanschaulicher, geschichtlicher Art, kommt noch ein unmittelbares politisches Bedenken. Da auch nach Ausscheidung von Bolschewismus und Judentum, diesem Ziel des Nationalsozialismus, sehr reale Interessenkonflikte zwischen den verschiedenen Völkern und Rassen auf dem Erdball möglich, ja wahrscheinlich sind, würde es dann so aussehen, als ob ein universalistischer Nationalsozialismus hier eine geistige Schlappe erleide, indem durch einen solchen Konflikt der Nachweis erbracht sei, daß der Nationalsozialismus eben nicht stark genug wäre, um den Frieden Europas zu sichern. Ferner könnte eine nicht herrschende nationalsozialistische Partei in einem anderen Staat während eines Konfliktes mit dem Deutschen Reich als verräterisch erscheinen und würde anderen Machtgruppen Gelegenheit geben zu immer schärfer gestellten Forderungen und bei Zurückweisung solcher vielleicht unmöglicher Forderungen die Verdächtigungen erst recht fördern. Eine solche Entwicklung würde gegen alle Tendenzen und gegen den Willen der NSDAP. in Deutschland stehen.

Rosenberg belegte diese Gedanken an dem Beispiel der faschistischen Partei in England, die während des Abessinienkrieges in eine peinvolle Lage geriet.

Es erscheint deshalb heute notwendig, zu betonen, daß genau so, wie der italienische Faschismus eine originale Antwort des italienischen Volkes an das Schicksal ist, auch der Nationalsozialismus für sich in Anspruch nehmen kann, die Weltanschauung des deutschen Volkes in unserem Jahrhundert darzustellen und die Antwort der deutschen Nation an das Schicksal unserer Epoche.

Wer von anderen Völkern in sich die Kraft fühlt, eine ähnliche Antwort zu finden, der soll es unter Zurückgreifen auf Persönlichkeiten und Ideale seiner eigenen Vergangenheit tun, oder aber Prägungen finden, die diese Nation aus der Gegenwart in die Zukunft ihrer Form weisen.

Wie immer die Dinge aber auch gehen mögen, auf alle Fälle erscheint es notwendig, daß klare Einsichten auch zu logischen Entschlüssen führen, die allein geeignet erscheinen, Mißverständnisse aus der Welt zu schaffen, Möglichkeiten einer jüdischen Gegenarbeit zu verringern und eine wirklich ehrliche Aussprache von Volk zu Volk herbeizuführen.

Reichsleiter Rosenberg betonte abschließend, durch diese Klarstellung hoffe die nationalsozialistische Bewegung, erneut einen Beitrag für eine allgemeine Befriedung geleistet zu haben. Geistige Kämpfe habe es in der Weltgeschichte stets gegeben, und weltanschauliche Auseinandersetzungen würden den Völkern auch in Zukunft nicht erspart bleiben, um so weniger, wenn sie nach einer derartigen Erschütterung wie der Weltkrieg und das Auftreten des Bolschewismus sie darstelle, nach neuer Gestaltung ringen müßten. Aber das brauche nicht zur Folge zu haben — wenn alle guten Willens seien — daß nun aus diesem weltanschaulichen Ringen einer großen Epoche notwendigerweise politische oder gar militärische Konflikte entständen.

Der revolutionäre Nationalsozialismus verstehe jede echte Tradition zu würdigen und bemühe sich aus der Achtung und Befolgung der seelischen Gesetze des deutschen Volkes auch mit Achtung und Aufmerksamkeit anderen Völkerschicksalen gegenüber zu treten.

Vier Bedingungen

Für die Zurückziehung der italienischen Freiwilligen

Zur Spanienfrage erklärt der Direktor des halbamtlichen römischen Blattes „Giornale d'Italia", man könne keinen Unterschied zwischen einem militärischen und einem politischen Sieg Francos machen. Diejenigen Kreise, die trotz der wiederholten klaren amtlichen italienischen Stellungnahme immer noch einen solchen Unterschied machen möchten, bewiesen damit nur allzu deutlich ihre Absicht, den militärischen Sieg Francos abzuschwächen, indem sie seine notwendige und logische Krönung durch die Politik zu verhindern suchen.

Die Zurückziehung der italienischen Freiwilligen hänge von folgenden Voraussetzungen ab:

1. Vollkommene Demobilisierung und Zerstreuung der nach Frankreich geflüchteten rotspanischen Heere, die sonst noch immer eine Gefahr für das nationale Spanien darstellen würden.

2. Auseinandergehen und Unschädlichmachung der nach Frankreich geflüchteten rotspanischen Machthaber, deren Anwesenheit in Frankreich an sich schon sonderbar und bedenklich erscheine.

3. Bedingungslose Kapitulation der Roten in- und außerhalb der Grenzen Spaniens.

4. Rückgabe der geraubten und nach Frankreich verschleppten Schätze Spaniens, die nicht nur ein nationales Gut, sondern einen Kriegsfonds darstellen, sowie Rückgabe des Goldes der spanischen Nationalbank.

Das Problem des politischen Sieges sei also, wie das halbamtliche Blatt betont, von den Roten und ihren Freunden geschaffen worden, die es zu einem unzertrennbaren Element des militärischen Sieges gemacht hätten. Die Franzosen seien seinerzeit die ersten gewesen, die mit den Waffen gegen das nationale Spanien intervenierten, ebenso wie sie heute die ersten seien, die politisch gegen die Nationalen auftreten. General Franco habe den Krieg unternommen, um Spanien von der roten Gefahr und von fremden Einflüssen zu befreien, um ein erneuertes und auf neuen sozialen und politischen Grundsätzen aufgebautes Spanien den Spaniern zurückzugeben. Nur sein politischer Sieg stelle also das Endziel seiner militärischen Aktion dar.

‚Kein rotspanisches Regieren von Frankreich aus'

Im französischen Senat begann die Aussprache über die vorliegenden außenpolitischen Interpellationen, bei der der Innenminister erklärte, daß es dem rotspanischen „Regierungsausschuß" nicht gestattet werde, von Frankreich aus weiter zu regieren.

Der rechtsstehende Senator Reibel trat für die beschleunigte Entsendung eines ordentlichen Botschafters nach Burgos ein. **Die rotspanischen „Minister" dürften sich nun nicht in Frankreich niederlassen, um etwa von hier aus die militärischen Operationen weiter zu leiten.** Innenminister Sarraut erklärte auf diesen Einwurf hin, es versteht sich, daß die französische Regierung einer „verstorbenen oder bestehenden spanischen Regierung" nicht gestatten könne, sich auf französischem Boden einzurichten, um hier ihre politische Aktivität fortzusetzen oder militärische Operationen zu leiten. **Die französische Regierung habe Maßnahmen ergriffen, die diese Grundsätze der Nichteinmischung respektierten.**

Vertrauensvotum im Senat

Die außenpolitische Ansprache im französischen Senat schloß mit dem Vertrauensvotum für die Regierung mit 290 gegen 16 Stimmen, nachdem Senator Millerand und Ministerpräsident Daladier noch kurz das Wort ergriffen hatten.

Zuvor hatte Außenminister Bonnet vor dem Senat als Antwort auf die von den Senatoren vorgebrachten Anfragen eine längere Erklärung zur französischen Außenpolitik abgegeben, die sich im wesentlichen mit seiner kürzlich vor der Kammer gehaltenen Rede deckte. Er betonte Frankreichs Verständigungsbereitschaft, für die München ein neuer Beweis sei.

Es gebe in der Tat keinen Franzosen, der nicht von ganzem Herzen und mit ganzem Verstand ein gutes Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland wünsche. Das habe die französisch-deutsche Erklärung bekräftigt, die am 6. Dezember vom Reichsaußenminister von Ribbentrop und ihm, Bonnet, unterzeichnet worden sei.

SLUB
Wir führen Wissen.